



**DIE
REPUBLIKANER**

**Bitte lesen und an Freunde
und Bekannte weitergeben.**

Danke!

März 2011 • Auflage 50.000 • An Haushalte

REPort

Mitteilungsblatt des **Kreisverbandes Main-Kinzig** und der Fraktion im **KREISTAG**, der **Stadt HANAU** sowie der **Stadt MAINTAL**

KONSERVATIV • CHRISTLICH • PATRIOTISCH

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Man kann es in diesen Tagen deutlich erkennen: die Unzufriedenheit der Bürger mit „denen da Oben“, also der Sekte der Berufspolitiker, nimmt in rasendem Galopp zu. So zu lesen in einem Leserbrief an eine Zeitung in Nordrhein-Westfalen unter der Überschrift: **„Können die Parteien noch unsere Probleme lösen?“** Unsere Antwort: **Nein!** Das ist bei uns in Hessen, dem Main-Kinzig-Kreis, der Sonderstatusstadt Hanau oder den anderen Städten und Gemeinden nicht anders.

Ob Landrat Pipa, seine beiden Beigeordneten Günter Frenz und Dr. Andre´Kavai, der Hanauer OB Claus Kaminsky und die anderen 28 Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin schaffen es seit vielen Jahren nicht, den Anforderungen der Gemeindeordnung nachzukommen und ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Neben dem eigenen Unvermögen nehmen sie unisono hin, dass die Politiker aus dem Kreis, die im Hessischen Landtag sitzen, immerhin fünf an der Zahl und die drei Bundestagsabgeordneten an Gesetzen mitwirken, die den Kommunen Verpflichtungen aufbürden, die diese strangulieren und jeden Gestaltungsspielraum nehmen.

Was unserem Land, unserem Kreis gut täte ist die Rückkehr zu Werten, die da sind: **Konservativ - christlich - patriotisch:** Entgegen dem linken Zeitgeist, der auch die Merkel-CDU voll ergriffen hat, treten wir für traditionelle Werte ein und setzen diese in Anträge um. Zwei von ihnen sollen in diesem REPort in der gebotenen Kürze vorgestellt werden. Die Reden dazu können Sie auf Anfrage erhalten, bzw. sie sind auf unserer Internetseite www.mkk-rephessen.de zu lesen.

Helfen Sie uns dabei, dass es auch im nächsten Kreistag und in den Stadtvereordnetenversammlungen von Hanau und Maintal eine konservative Stimme gibt!

Der Kreis, die Städte und Gemeinden werden vorsätzlich in die Pleite getrieben

Die Gesamtverschuldung des Main-Kinzig-Kreises erreicht bis 2014 knapp die halbe Milliarde Euro. Allein für das laufende Jahr wird ein Defizit von 72 Millionen Euro erwartet. Nimmt man das Hanauer Defizit von 28 Millionen dazu, so schultern beide Kommunen eine Last von zu-

sammen 100 Millionen Euro, allein nur für dieses Haushaltsjahr. Da kann es einem schon schwindelig werden.

Zur Zeit profitiert der Kreis und die Stadt Hanau noch von den niedrigen Zinsen. Wenn sie eines Tages - was zu erwarten ist - wieder ansteigen, wird die gewaltige Schuldenlast beide endgültig erschlagen. Man kann sich ausmalen, welche Notmaßnahmen dann zu Lasten der Bürger erforderlich sein werden.



Bert-Rüdiger Förster
Kreisvorsitzender
Kreistagsabgeordneter (FV)
Stadtverordneter der Stadt Hanau

Diese Entwicklung ist weder schicksalhaft noch auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen. **Es gibt vielmehr zwei wesentliche Ursachen:** Zum einen bürdet der Bund den Kommunen durch immer neue Gesetze im Sozialbereich Lasten auf, für die er entweder gar nicht oder nur teilweise zahlt. Der Kreis muß inzwischen bei den Sozialausgaben jedes Jahr enorme Steigerungen hinnehmen. Schuld daran sind die in Berlin regierenden Parteien,

Wir Bürger haben in diesem Jahr
en kommenden Landta

vertraut. Und warum hat jeder Bundesbürger nunmehr 25.000,- Euro Schulden?

Multikulti ist gescheitert

Der Irrweg, eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland zu schaffen, ist gescheitert. Die meisten Bürger empfinden „Multikulti“ nicht als eine Bereicherung. Zähneknirschend müssen die dafür verantwortlichen etablierten Parteien und Bundeskanzlerin Merkel (CDU) dies öffentlich eingestehen. Die Aussage der Partei Die Republikaner seit Jahren - verschmäht und beschimpft - „deutsch“ ist unsere Leitkultur, steht seit Monaten im Zentrum der politischen Diskussion.

Die Analyse unserer deutschen Ist-Situation und die sich daraus ergebenden Folgen für unser Land hat Sarrazin schonungslos akribisch dem deutschen „Michel“ offenbart. Der entsetzte Aufschrei der für diese Entwicklung verantwortlichen „politischen Elite“ war zu erwarten. Die deutschen Bürger aber nahmen wie befreit dankend Sarrazins Thesen auf und pflichteten ihm bei.

Für die Probleme Zuwanderung, Islamisierung, Entstehung von Parallelgesellschaften, Mißbrauch der deutschen Sozialsysteme und nicht erfolgreichen Integration müssen neue Maßstäbe gesetzt werden.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen: Konsequenter Islam und das Grundgesetz sind unvereinbar. Integration ja, aber nur wenn die erfolgreiche Assimilation an deren Ende steht. **Integration heißt Anpassung an das Gastland. Wer das nicht will oder kann, soll in sein Heimatland zurückkehren.**

lichen Politikern die rote Karte zu zeigen. Die europäischen Wähler - von Holland bis Ungarn - haben erkannt, dass sie die rechten demokratischen Parteien als die einzigen konsequenten Vertreter ihrer Forderung „**Stoppt den Islamismus**“ ansehen. Der Schock der etablierten Eliten darüber ist nachhaltig.



Das Asylproblem kehrt zurück

Der Sturm auf Europa hat begonnen

Um 50 Prozent ist die Zahl der Asyl-Erstanträge im vergangenen Jahr gestiegen. Es war der dritte Anstieg in Folge.

Nun ist zu erwarten, dass der Anstieg noch viel größer wird, da gerade jene, die in den vergangenen Wochen ihre Despoten in Tunesien oder Ägypten verjagt haben, nicht bereit sind ihrem Land zu dienen, indem sie mit EU-Hilfe es stabilisieren. Nein, sie kommen über das Mittelmeer nach Europa und vermutlich viele davon auch nach Deutschland.

Nun fordern gleich führende Grünen-Politiker, wie Herr Özdemir oder Öko-Mutter Claudia Roth die Aufnahme der Flüchtlinge. **Dazu unser Vorschlag: zuerst in die Grünen-Geschäftsstellen!**

Deutsche Schulen für deutsche Schüler

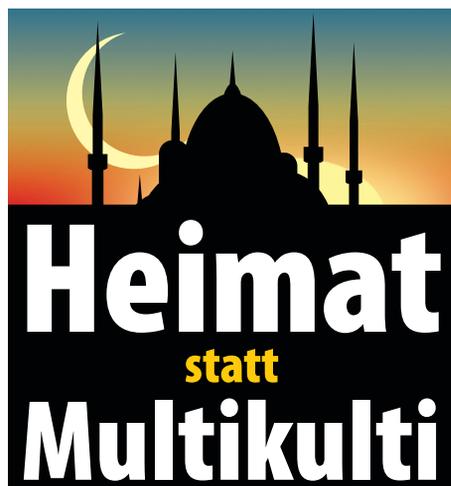
„Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt des Main-Kinzig-Kreises und dem Land Hessen ein Konzept für die Schaffung von Klassen bzw. Schulen für Schüler, die Deutsch als Muttersprache sprechen, für die Bereiche zu erarbeiten, in denen der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund größer als 40% ist. Das Konzept ist dann bei der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes zu berücksichtigen.“

Aus der Begründung:

Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen, die in einer PISA-Studie nachzulesen sind und auf die kürzlich der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes Heinz-Peter Meidinger hingewiesen hat, verringert sich das Lerntempo spürbar, wenn der Migrantenanteil in einer Schulklasse über 40% liegt. Ein zu hoher Migrantenanteil führt erfahrungsgemäß auch zu einer Unterdrückung der deutschen Schüler durch gewalttätige Jugendliche, wie sie insbesondere unter Muslimen zu finden sind. Hierzu sagte der Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD): „Viele der Migranten werden durch die muslimische Macho-Kultur geprägt. Sie leben die veralteten Wertvorstellungen ihrer Eltern, ohne sie zu hinterfragen. Gleichzeitig verachten sie die deutsche Gesellschaft und ihr Wertesystem. Auf dem Pausenhof lassen sie ihren Frust dann mit Gewalt gegen ihre Mitschüler raus. Gegen diese Gewalt, die es nicht nur in Berlin, sondern auch in Hanau gibt, müssen die deutschen Schüler wirksam geschützt werden, am besten durch eine vollständige Trennung.“

Die Kommunisten (Linke) und zwei SPD-Stadtverordnete verließen den Plenarsaal und die Grünen mussten vom Stadtverordnetenvorsteher ermahnt werden.

Die Gegenrede erfolgte durch einen Grünen mit Migrationshintergrund und dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates. (!)



Auch Kreis-CDU auf dem linken Auge blind!
Beantragung von Fördermitteln gegen Linksextremismus und Islamismus abgelehnt!

Unser Antrag im Wortlaut:

Der Kreistag fordert den Kreisausschuss auf, Projekte zum Thema „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Linksextremismus und Islamismus“, analog zu ähnlichen Projekten gegen Rechtsextremismus, zu entwickeln und bereitgestellte Fördermittel des Bundesjugendministeriums zu beantragen.

Dem Kreistag ist über die Ergebnisse und Aktivitäten dieser Projekte Bericht zu erstatten.

Begründung:

Im Bundesjugendministerium werden künftig auch Fördermittel für den Kampf gegen Linksextremismus bereitgestellt. Es handelt sich laut Presseberichtserstattung (FAZ vom 20. 1. 2010) um „Restmittel“ in Höhe von etwa zwei Millionen Euro aus

dem vergangenen Haushaltsjahr, die nun für Projekte gegen Linksextremismus und Islamismus verwendet werden können.

Damit beginnt die neue Jugendministerin Dr. Kristina Schröder (CDU) eine Korrektur der kriminalitätsstatistisch ungerechtfertigten Förderpolitik, die bislang und weiterhin zwar Mittel in Höhe von **24 Millionen Euro** bereitstellt, um Projekte wie etwa „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ zu unterstützen; den Extremismus von links aber zu wenig beachtet hat. Bundesministerin Schröder stellt berechtigterweise fest, dass **Gewalt von links verharmlost wird** und überdies Projekte gegen Rechtsextremismus teilweise als

Bitte daran denken!

Bei der Kommunalwahl gibt es keine 5%-Hürde, das heißt, jede Stimme für unsere **Liste Nr. 7** ist eine Stimme für **Deutsche Interessen.**

Denkzettel
 statt
Wahlenthaltung

 **Ich wähle,**
 damit sich etwas ändert!

REP
 DIE REPUBLIKANER

ungeplante Förderinstrumente für linksextremistische Gruppierungen genutzt werden. Die **2009** veröffentlichte Kriminalstatistik verzeichnet **1113** Gewaltdelikte, die rechtsextremistischen Tätern zugeordnet, und **1188** Gewaltdelikte, die Tätern aus dem linken Spektrum angelastet werden.

Auch von der CDU abgelehnt - eine schallende Ohrfeige für die CDU-Ministerin.

www.rep.de

Einkommen zum Leben, statt Billiglöhne.

Bei uns wird Deutsch gesprochen!

REP
 DIE REPUBLIKANER

WIR FÜR HANAU UND DEN KREIS



Keine Umweltzerstörung durch Windkraftanlagen!

Nach dem Willen von SPD und Grünen und einiger Bürgermeister soll es weitere „Windspargel“ im Kreis geben. Die heutigen Windräder sind etwa 180 Meter hoch, höher als der Kölner Dom. Sie würden die schlimmsten Umweltzerstörungen anrichten, die es jemals im Main-Kinzig-Kreis gegeben hat - offenbar kein Problem für diejenigen, die sonst immer vom Umweltschutz reden.

Wir Republikaner lehnen diese Ungetüme kompromisslos ab. Es gibt preiswertere Energien!

Sexueller Missbrauch

Das Thema „*sexueller Missbrauch von Kindern*“ führte im Jahr 2010 zu heftigen Diskussionen. Im Mittelpunkt der Angriffe stand zunächst die katholische Kirche, bei der einzelne Verfehlungen zu Unrecht verallgemeinert wurden.

Das ist alles sehr schlimm und eine lückenlose Aufklärung und strenge Bestrafung der Täter versteht sich eigentlich von selbst.

Es gibt aber auch Anlass einmal darauf hinzuweisen, dass es sich bei der Gestattung von Sex mit Kindern um eine alte Forderung der Grünen handelte.

Daniel Cohn-Bendit - grünes Mitglied des EU-Parlaments:

„Mein ständiger Flirt mit allen Kindern nahm bald erotische Züge an. Ich konnte richtig fühlen, wie die kleinen Mädchen von fünf Jahren schon gelernt hatten, mich anzumachen.“

Wussten Sie schon, dass . . . :

- die Grünen-Fraktion im Bundestag für die Einreise von Türken nach Deutschland Visumsfreiheit verlangt
- der türkische Staatsminister Celik betonte, dass unabhängig von ihrer möglichen Einbürgerung, alle Auslandstürken „für immer Türken“ blieben
- der türkische Botschafter in Berlin, Ahmet Acet, seine Landsleute in Berlin auffordert sich lautstark wehren zu sollen, da er die Deutschtürken nämlich viel zu brav und leise empfindet - **hoffentlich aber gewaltfrei** -
- in einer Geheimdepesche der US-Botschaften der türkische Ministerpräsident Erdogan eine islamische Republik anstrebe, mit neo-osmanischen Visionen
- der SPD-Vorsitzende Gabriel Hasspredigern und integrationsunwilligen Ausländern das Bleiberecht bei uns aberkennen will - **das sind geschätzte zwei Millionen**
- Ausländer im Durchschnitt doppelt so häufig Hartz IV beziehen als Deutsche
- Deutschland zur Zeit 2 Billionen Euro Schulden hat, also pro Kopf rund 25.000,- Euro und jede Sekunde kommen 2.600,- Euro hinzu
- 2009 an Entwicklungshilfe 2,28 Mrd. € Steuergelder gezahlt wurden. Davon 132 Mio. an Afghanistan, 90 Mio. an Indien (!), 67,7 Mio. an Ägypten und 48,5 Mio. an die Ukraine usw.
- Afghanistan bald schuldenfrei ist, da die Bundesregierung durch ein Abkommen vom 9. 1. 2011 dem Land 13,1 Millionen Schulden erlassen hat
- aus unserem Beitrag für den griechischen Rettungsschirm (22,4 Milliarden) die Athener, auf Druck der USA und der EU, eine 15 Million teure Moschee bauen müssen
- mit dem Zusammenbruch des Euro noch in diesem Jahr, spätestens im nächsten Jahr zu rechnen ist, denn eine Währungsreform wird immer wahrscheinlicher
- die angebliche „Wirtschafts-Erholung“ nur ein vorübergehender Schein-Aufschwung auf Pump ist
- die Klimahysterie uns Unsummen kostet und weitestgehend verlogen ist, weil CO₂ weder klimaschädlich noch umweltschädlich ist, sondern ein lebensbegründendes und lebenerhaltendes Nutzgas ist. Je mehr Menschen es gibt, desto mehr CO₂ wird dafür gebraucht
- der Kreistag des MKK am 4. 2. 2011 beschloss, dass alle Schülerinnen und Schüler einmal in ihrer Schulzeit ein Konzentrationslager zu besuchen haben. **Auch jene, mit Migrationshintergrund und somit ohne „Erbschuld“**
- in Hanau den kandidierenden Gruppierungen für die Ausländerbeiratswahlen am 7. November 2010 - **Wahlbeteiligung 10,32%** - jeweils 100 Plakate und 5.000 Flyer aus städtischen Haushaltsmitteln finanziert wurden

DIE

REPUBLIKANER -Kreisverband Main-Kinzig • Hanau • Maintal

V.i.S.d.P.: Bert-Rüdiger Förster
e-mail: bertfoerster@web.de

Tel.: 06181-96267 - Büro: 069-866848 - Fax: 069-86777422